

uni.lu und Menschenrechte

In einem *forum*-Interview (Nr. 270, S. 13) hatte die LISEL-Verantwortliche Agnès Rausch auf die Tatsache aufmerksam gemacht, dass ausländische Studenten, die von der Universität Luxemburg ein Zimmer mieten, ein höheres Risiko eingehen als solche, die einen privaten Vermieter finden.

Die Uni führt nämlich offensichtlich eine Liste mit den Namen jener Studenten, die mit der Miete in Rückstand sind, und verweigert ihnen im darauffolgenden Semester die Fortsetzung des Studiums. Eine solche Strafe kann ein anderer Vermieter natürlich nicht verhängen. Die Uni verhängt jedoch an den Gerichten vorbei eine Strafe, die nicht nur in keinem Verhältnis zur Verfehlung steht, sondern noch dazu in keinem Zusammenhang.

Nun war aus den Kreisen des LISEL zu erfahren, dass die Uni Luxemburg auch darüber hinaus ein Problem mit den Menschenrechten hat. Als nämlich (afrikanische) Studenten anfragten, sie wollten zum internationalen Tag der Menschenrechte einen Informationstisch für Amnesty International an der Uni organisieren, wurde ihnen diese Genehmigung verweigert.

Die diesjährige Kampagne von Amnesty International nimmt die katastrophale Lage der Menschenrechte in China ins Visier, ein Land, mit dem die Uni bekanntlich intensiv kooperieren möchte. Oder weil Menschenrechtsfragen nicht zur Agenda von Studierenden gehören sollen? Die Uni hat eine sehr aktive Beauftragte für Frauenrechte. Von einem Beauftragten für Menschenrechte war zumindest in der Öffentlichkeit noch nichts zu hören.

Auch wenn Studierende aus Drittländern ausgewiesen wurden, weil ihre Einreisepapiere nicht in Ordnung waren, stand die ASTI bislang meistens allein auf weiter Flur, um sich für sie einzusetzen, während die Uni solche Nacht-und-Nebel-Aktionen nicht nur nie verhindert hat, sondern auch nie öffentlich werden ließ.